

■ Mehr Jobs, kaum Zeitverträge: Der deutsche Arbeitsmarkt ist für Nicht-EU-Zuwanderer attraktiver als das übrige Europa

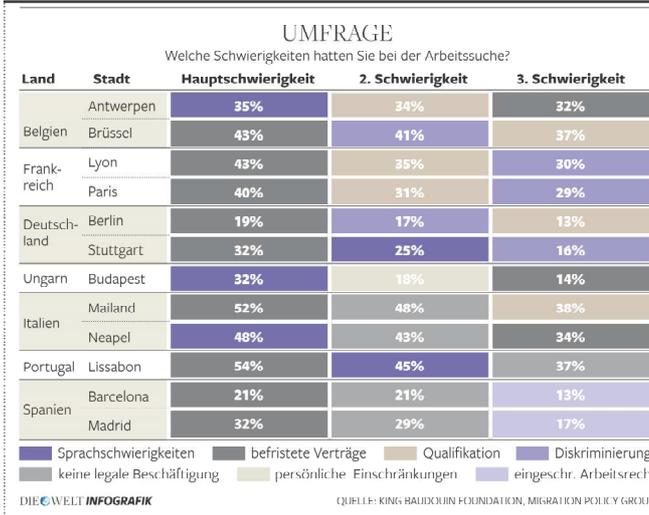
■ Die Kommunen verlangen von Bund und Ländern jedoch noch mehr Unterstützung bei der Eingliederung von Migranten

STEFANIE BOLZEN UND  
CLAUDIA EHRENSTEIN  
BRÜSSEL/BERLIN

Bei der Integration von Zuwanderern in den Arbeitsmarkt scheidet Deutschland im europäischen Vergleich überdurchschnittlich gut ab. Ausländische Arbeitssuchende finden in der Bundesrepublik wesentlich leichter einen Job als in anderen westeuropäischen Staaten. So stieß nur jeder Dritte, der in Berlin eine Arbeit suchte, auf Probleme; in Stuttgart fand mehr als jeder Zweite schnell eine Stelle. Zum Vergleich: In Portugals Hauptstadt Lissabon gaben 79 Prozent der Befragten an, bei der Arbeitssuche Schwierigkeiten zu haben, in Brüssel waren es 71 Prozent. „In Deutschland ist die Arbeitssuche für Menschen aus Nicht-EU-Ländern leichter“, bestätigt Thomas Huddleston, Experte der Migration Policy Group.

Zudem fallen die Probleme, die sich ausländischen Arbeitskräften in Deutschland stellen, vergleichsweise mild aus. So bemängelt gerade einmal jeder Fünfte als größte Hürde, dass Arbeitgeber in Berlin nur Zeitverträge anbieten. In anderen EU-Großstädten stoßen Zuwanderer hingegen auf Diskriminierung, illegale und damit nicht versicherte Jobangebote oder Sprachbarrieren. Dies sind Ergebnisse des ersten „Immigrant Citizen Survey“, der an diesem Mittwoch in Brüssel vorgestellt wird und der „Welt“ vorab vorlag. Migrationsexperten befragten dazu in 15 Großstädten und sieben EU-Ländern mehr als 7000 ausländische Arbeitnehmer. In Deutschland wurden die Umfragen in Berlin und Stuttgart durchgeführt. Der Sachverständigenrat für Integration und Migration (SVR) wird Ende Juni weitere Ergebnisse für Deutschland vorstellen.

„Auf dem deutschen Arbeitsmarkt finden Jobsuchende außerdem einfacher eine Stelle, die auch zu ihren Qualifikationen passt“, betont Migrationsexperte Huddleston, Ko-Autor der Studie. In Stuttgart hatten nur 13 Prozent der Befragten Schwierigkeiten, ihre Ausbildung mit ihrer neuen Stelle zu vereinbaren, in Berlin waren es 18 Prozent. Grund für dieses positive Ergebnis ist die in Deutschland vergleichsweise geringe Quote illegal Beschäftigter. In Italien hingegen werden Zuwanderer häufig in irreguläre Jobs gedrängt, etwa in der



# Die Welt arbeitet gern in Deutschland

## EU-Vergleich: Ausländische Arbeitnehmer haben es hier leichter als anderswo

Baubranche. In Neapel etwa gaben zwei Drittel an, dass „die derzeitige Arbeit nichts mit meinen Qualifikationen zu tun“ habe. Damit entgeht dem Land das volkswirtschaftliche Plus, das ausländische Zuwanderer einbringen könnten.

Obwohl Deutsch eine vergleichsweise schwierige Sprache ist, wies nur jeder Vierte in Stuttgart und Berlin auf Probleme beim Deutschlernen hin. Grund dafür ist, dass Zuwanderern ein gut verständliches und in der Praxis gut durchführbares Angebot an Sprachkursen gemacht wird. So gaben nur knapp zehn Prozent an, zu wenig Zeit oder Informationen bekommen zu haben. In französischen Großstädten wie Paris oder Lyon hingegen mangelte es daran bei fast jedem zweiten Zuwanderer.

Die europäische Vergleichsstudie bestätigt die Einschätzung der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung, Maria Böhmer (CDU), dass Deutschland auf dem besten Weg sei, sich für Migranten mehr zu öffnen und eine sogenannte Willkommenskultur zu entwickeln: „Vielfalt wird verstärkt als Chance verstanden“, sagte Böhmer bei der Vor-

stellung einer Studie zum „Stand der kommunalen Integrationspolitik“.

Danach hat die Mehrzahl der 228 befragten Städte, Landkreise und Kommunen das Thema Integration bereits zur Chefsache erklärt: 71,5 Prozent sehen in

der Integration von Mitbürgern mit Migrationshintergrund eine Aufgabe von „sehr hoher bis hoher“ Bedeutung. Zunehmend bemühten sich öffentliche Verwaltungen um Migranten als Mitarbeiter. Allerdings fehle oft noch das Interesse. „Ich wünsche mir mehr Migranten als Erzieherinnen, Lehrer, Polizisten oder bei der Feuerwehr“, sagte Böhmer. Und: Auch EU-Bürger sollten wie andere Zuwanderer einen Rechtsanspruch auf einen Integrationskurs haben.

Die Studie zeigte auch, dass in 54,6 Prozent der befragten Kommunen besondere Anstrengungen unternommen werden, Menschen mit Migrationshintergrund besser in den Arbeitsmarkt zu integrieren. So wird intensiv mit örtlichen Jobcentern zusammengearbeitet, um Förderangebote am Bedarf auszurichten. Auf die Ausgestaltung von Sprachkursen haben die Kommunen dagegen kaum Einfluss, da diese vom Bundesamt für Migration und Flüchtlinge vorgegeben wird. Das vor allem ist einer der Punkte, an dem die Kommunen eine bessere Abstimmung zwischen Bund, Ländern und Kommunen einfordern.

Bei der Vorstellung des SVR-Jahresgutachtens am Dienstag in Berlin beklagte der Vorsitzende Klaus Bade denn auch einen „Wildwuchs an integrationspolitischen Einzelmaßnahmen“. Oft gebe es bei Bund, Ländern und Gemeinden parallele, sich überschneidende oder sogar konkurrierende Zuständigkeiten. Es fehle ein „Masterplan“, der die einzelnen Maßnahmen vereinheitliche und koordiniere. Zugleich schlug er eine „zentrale Serviceagentur für kommunale Integrationspolitik“ vor, um noch gezielter Städte und Gemeinden zu unterstützen.

Rainer Bomba (CDU), Staatssekretär im Bundesbauministerium, sagte, dass es keine „Generallösung für alle“ gebe, und mahnte „passgenaue Konzepte“ an. Mit Blick auf den Fachkräftemangel müsse Deutschland noch besser werden. Es gebe Bezirke mit einer Arbeitslosenquote unter zwei Prozent, sagte Bomba. „Das zeigt, dass wir jede Hand brauchen.“